Bild: ap/Manu Brabo

Der Aufschrei gegen islamistisches Machtgebaren kommt auf dem Tahrir-Platz in Kairo wie auf dem Taksim-Platz in Istanbul auch von kopftuchtragenden Muslimas.

Sie galten als Hoffnungsträger für die Zukunft der islamischen Welt: Gemässigte Islamisten, die sich in demokratischen Wahlen durchgesetzt haben. Heute stehen sie vor einem Scherbenhaufen.

Warum der Islamismus scheitert

WALTER BREHM

Man wünschte, es wäre ein Satz aus ferner Zeit: «Demokratie ist der Zug, auf den wir aufspringen, bis wir unser Ziel erreicht haben.» Für diesen Satz ist der türkische Premierminister ins Gefängnis gegangen, als er noch ein islamistischer Heissporn war. Dieser Satz war in der Türkei und im Westen schon fast vergessen. Im elften Jahr seiner Regierung hat ihn Recep Tayyip Erdogan ins kollektive Gedächtnis seiner Landsleute und der Welt zurückgebracht – mit der Härte der Staatsmacht, unfähig, die Realität seines Landes zu erkennen. Eine Realität, die er selber geschaffen hat.

Gewalt als Mittel, politische Macht zu erlangen, haben sie aufgegeben, lange bevor sie Regierungsverantwortung übernommen haben – Erdogans «Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung» (AKP) in der Türkei und die «Freiheits- und Gerechtigkeitspartei» (FGP) von Präsident Mohammed Mursi in Ägypten. Beide wichtige Beispiele islamistischer Parteien, die an den Urnen ein Volksmehr für sich gewinnen konnten. Die AKP hat der Türkei ein für die islamische Welt beispielloses Wirtschaftswunder beschert. Die FGP stellt die Regierung Ägyptens erst seit einem Jahr und kämpft mit wirtschaftlichen Problemen, die sie zwar nicht selber verschuldet, aber verschärft hat.

Zwei Regierungen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und unterschiedlichen Bilanzen – und doch beide am selben Punkt angelangt: Konfrontiert mit gespaltenen Gesellschaften, aber nun bereit, Gewalt zum Machterhalt einzusetzen.

Die Islamisierung der Moderne

Wirtschaftlicher Erfolg ist nicht alles, was das Urteil über eine Regierung bestimmt, aber ohne wirtschaftlichen Erfolg geht jede Regierung – nicht nur eine islamistische – schnell der Unterstützung des Volkes verlustig, wenn sie nicht in der Lage ist, über das eigene Elektorat hinaus Solidarität zur Überwindung der Krise zu motivieren. Was aber bringt die wirtschaftlich erfolgreiche türkische und die ökonomisch gescheiterte ägyptische Regierung gleichermassen in Nöte? Es ist die falsche Antwort auf eine Grundsatzfrage, der sich beide stellen mussten: Islamisierung der Moderne oder Modernisierung des Islam? Beide haben sich für den Versuch entschieden, die Moderne zu islamisieren. Dieser Entschluss wurzelt in einem verkürzten Demokratieverständnis. Es fusst auf der Formel: Demokratie ist die Herrschaft der Mehrheit. Und auf ein klare Mehrheit können sich sowohl die türkischen als auch die ägyptischen Islamisten stützen.

In beiden Ländern war der Islam über Jahrzehnte der Repression säkularer Regime ausgesetzt. Sie stützte sich auf die im Westen gerne gehörte Behauptung, Staat und Religion seien getrennt. Doch diese Behauptung war in beiden Ländern eine Propagandalüge. Realität war: Die Religion wurde vom Staat reglementiert. Sowohl türkische Prediger als auch der Sheikh der Al-Azhar-Universität in Kairo – die oberste Autorität im sunnitischen Islam – waren de facto Staatsangestellte. Damit war zwar gewährleistet, dass die Religion dem säkularen Regime nicht gefährlich wurde. Gleichzeitig war aber dieser «staatliche Islam» der Nährboden für eine konservative religiöse Parallelgesellschaft, die sich der Kontrolle entzog.

Die aufgefächerte Gesellschaft

So wie sich die Regierungen vermeintlich mit dem Islam arrangiert hatten, passten sich vor allem die islamistischen Kräfte den Bedingungen der staatlichen Kontrolle an. Im Vertrauen, über die schiere religiöse Mehrheit im Volk früher oder später über Wahlen an die Macht zu gelangen, verabschiedete sich vor allem die Moslembruderschaft in Ägypten von der Strategie, über einen Jihad gewaltsam einen Gottesstaat zu errichten.

Diese auch von Islamisten in der Türkei gewählte Abkehr von «traditionellen» Vorstellungen einer «islamischen Renaissance» basierte jedoch auf mangelhafter Analyse gesellschaftlicher Realität: die ägyptische und die türkische Gesellschaft seien als Ganzes moslemisch. Religiöse Minderheiten – innerislamischen, aber auch Christen und Juden – wurden zwar der «Toleranz» und des «Schutzes» durch die Mehrheit versichert, aber nie als gleichwertige Staatsbürger, geschweige denn als Mitträger religiöser Wahrheit gesehen.

Gänzlich ausser acht gelassen wurde aber eine gesellschaftliche Realität, die längst mehr Gewicht hat als jene der religiösen Minderheiten. Die moderne Informationsgesellschaft und die wirtschaftlichen Lebensrealitäten der Menschen hatten vor allem in den grossen Metropolen beider Länder eine Entwicklung gefördert, die der europäische Westen längst kannte und auch als Basis seiner Rechtsstaatlichkeit integrierte: Religion ist Privatsache, die als kulturelle Identität ihr Gewicht hat, aber als Reglementierung gesellschaftlichen und individuellen Lebens von immer mehr Menschen abgelehnt wird.

Gerade der wirtschaftliche Erfolg der islamistischen Regierung in der Türkei akzentuierte diese Entwicklung in immer breiteren Schichten der urbanen Bevölkerung. Aber auch im wirtschaftlich desolaten Ägypten hat die moderne Informationsgesellschaft ein weltoffenes Bürgertum und vor allem eine global denkende, urbane Jugend hervorgebracht. In den grossen Zentren ist diese moslemische Gesellschaft nicht nur von religiösen Minderheiten mitgeprägt, auch die moslemische Mehrheit ist längst aufgefächert in Säkularisten, «Papier-Moslems» und moslemische Reformbewegungen. Die eine, wahre moslemische Gesellschaft existiert nicht mehr.

Bild: ap/Maya Alleruzzo

Ägyptens Präsident Mohammed Mursi.

Bild: epa/Tolga Bozoglu

Der türkische Premier Recep Tayyip Erdogan.

Die Modernisierung des Islam

Diese von den Islamisten ignorierte Realität zeigt sich sowohl in der Türkei als auch in Ägypten in den aktuellen Protestbewegungen. Verschleierte Muslimas und westlich gekleidete Frauen demonstrieren Hand in Hand. Bärtige Gläubige stehen Seite an Seite mit liberalen Bürgern und linken Gewerkschaftern. Über viele politische und religiöse Gräben hinweg sind sie sich in einem einig: Der Staat hat im Privatleben seiner Bürger nichts zu suchen: egal, ob sie Kopftuch tragen oder Alkohol trinken, egal, ob sie der Thora, dem Koran oder der Bibel folgen – oder keiner der «heiligen» Schriften.

Damit ist nicht über Religion gerichtet. Und auch nicht bestritten, dass religiöse Werte Fundamente demokratischer Politik sein können. Christdemokratische Parteien in ganz Europa sind dafür ein Beispiel.

Gerichtet aber ist darüber, dass in einer Demokratie religiöses Recht sich an staatlichem bricht, genauso wie sich die Macht der Mehrheit an den Bürgerrechten der politischen und ethnischen Minderheiten bricht. Jeder nach seiner Façon, solange er die Façon des anderen nicht verurteilt. Niemand wird in seiner religiösen Praxis eingeschränkt, solange die religiöse Praxis niemandes Leben einschränkt. Religiöse Werte können nur dann in staatliches Recht einfliessen, wenn sie nicht nur von einer Mehrheit sanktioniert, sondern auch von den Allgemeinen Menschenrechten gedeckt werden. Denn an den Menschenrechten gebricht sich auch staatliches Recht.

Hier liegt die wirklich relevante Konfliktlinie zwischen Islamismus und Demokratie. Länder wie die Türkei, Ägypten, Tunesien und andere sind selbstverständlich und gleichberechtigt mit allen anderen Ländern Mitglied der Vereinten Nationen – damit aber auch der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte unterworfen: «Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren», heisst deren erster Artikel. Und einer ihrer Autoren, der Libanese Charles Malik, verstand die menschliche Würde vor allem als Wahlfreiheit. Wahlfreiheit ohne Anfechtung. Das Existenzrecht islamistischer Parteien und ihre Fähigkeit zu regieren, wird sich daran messen.

In der zweiten Sure sagt der Koran: «Es gibt keinen Zwang im Glauben. Der Weg der Besonnenheit ist klar unterschieden von dem der Verirrung.» Dies gilt für alle Menschen, ebenso wie das in der gleichen Sure postulierte Recht, «falsche Götter» zu leugnen und an Allah zu glauben.

Die Modernisierung des Islam ist möglich – nicht als westliche Bevormundung, aus seiner eigenen Tradition heraus.

Konstanz feiert ab 2014 fünf Jahre lang sein Konzil und möchte wie vor 600 Jahren das zerstrittene Europa einen. Am Vorabend der Reformation wird Konstanz zur Multikulti-Stadt, religiöse und politische Machtkämpfe werden ausgetragen.

Der Papst flieht, die Ketzer brennen

DANIEL KLINGENBERG

Die Verbrennung des angeblichen Ketzers Jan Hus und einem Anhänger, ein Papst auf der Flucht vor seinen Kardinälen und 700 Prostituierte im Städtchen am Bodensee: Das Konzil von Konstanz (1414 bis 1418) bietet viel spätmittelalterliches Spektakel. Kein Wunder, gibt der Konstanzer Kunsthistoriker Henry Gerlach, der verschiedene Jubiläumsprojekte betreut, einen Konzil-Krimi heraus. Konstanz plant das 600-Jahr-Jubiläum aber nicht als Event, sondern als Lehrstück. «Das Konzil wollte die Kirche wieder einen, heute geht es um die Einigung von Europa in der Wertekrise», sagt Ruth Bader, Geschäftsführerin der Planungen für die Jubiläumsfeiern von 2014 bis 2018.

Von der Papstflucht zur Papstwahl

Ob Europa in fünf Jahren geeinter ist, wird sich weisen. Klar ist, dass die Geschehnisse rund um die Konzilzeit eine wunderbare Melange politischer und religiöser Machtverflechtungen bieten. Es rumort heftig in Europa, die Kirche ist dekadent geworden, an vielen Orten herrscht Krieg. Im Rückblick erscheint diese Zeit als Vorabend der Reformation. Anlass für das Konzil ist das Schisma, die Kirchenspaltung. Das Problem ist: Die Kirche hat drei Päpste statt einen. Und keiner von ihnen lebt in Rom, weil die Stadt am Tiber besetzt ist. Der deutsch-römische König Sigismund findet das stossend, aber nicht aus religiösen Gründen. Er möchte gerne zum Kaiser gekrönt werden und damit auch «Defensor ecclesiae», Verteidiger der Kirche, werden. Es ist ein Titel, der ihm zusteht – aber er müsste in Rom gekrönt werden. In den politischen Wirrnissen, die auch Oberitalien erfasst haben, ist an eine Reise aber nicht zu denken. Sigismund will religiöse und politische Ruhe und Ordnung schaffen. Im Einverständnis mit Papst Johannes XXIII. beruft er auf den 1. November 1414 das Konzil ein. «Konstanz ist eine ideale Kongressstadt: Die Stadt mit damals rund 7000 Einwohnern liegt an der Wasserstrasse, hat Fisch und Wein», sagt Henry Gerlach. In Spitzenzeiten des Konzils werden 20 000 Leute in der Stadt sein.

Das Konzil hat drei Ziele: Die rund 200 Bischöfe und 30 Kardinäle sollen die Kirche wieder einen,

«Dass ein Konzil mehr Autorität hat als der Papst, geht auf Konstanz zurück.»
Henry Gerlach Kunsthistoriker

die Ketzerei bekämpfen und Reformen einleiten. Wie lange es dauert, weiss man nicht. Johannes XXIII. schwant bald einmal, dass die Konzilleute ihn absetzen wollen – und er flieht bei Nacht und Nebel aus Konstanz auf das Territorium von Sigismund-Gegenspieler Herzog Friedrich von Österreich. Auf Schweizer Seite, dem Untersee entlang, reist er nach Schaffhausen und Richtung Freiburg im Breisgau. Sigismund will aber nicht, dass das Konzil platzt und belegt Herzog Friedrich mit der Reichsacht. Womit dessen Besitztümer zum Selbstbedienungsladen werden. Zürich beispielsweise besetzt den Aargau, der zum ersten Untertanenland der Eidgenossenschaft wird. Das Vorgehen von Sigismund zeigt Wirkung. Der Papst wird aufgegriffen und als Häretiker verurteilt. Unter anderem soll er 200 Nonnen vergewaltigt haben. Das Konzil wählt darauf am 11. November 1417 im heute «Konzil», genannten Gebäude – ein im 14. Jahrhundert gleich neben dem Bodensee erbautes Kaufhaus – Martin V. zum Papst. Dieser schliesst das Konzil am 22. April 1418, die religiöse Ordnung ist wieder hergestellt.

Jan Hus: Verbrannt, trotz freiem Geleit

Neben der Papstwahl gibt es eine Reihe weiterer Konzilstränge. Der prominenteste ist die Verbrennung von Jan Hus am 6. Juli 1415. Der Tscheche gilt bereits als Ketzer und erklärt sich bereit, seine Thesen in Konstanz zu verteidigen. Sigismund sichert ihm freies Geleit zu. Die Geschichte läuft aber aus dem Ruder: Hus predigt und zweifelt die Rolle des Papstes an, worauf die Kirchenleute ihn verhaften. Sie pochen dabei auf das Kirchenrecht, für das Sigismund nicht zuständig ist, er Hus daher auch nicht schützen kann. Im Prozess geht es um die Frage, ob die Sakramente der Kirche auch gelten, wenn sie von einem in Todsünde lebenden Priester gespendet werden.

Nach seinem Tod brechen die Hussitenkriege aus. Hus, was auf tschechisch Gans bedeutet, wird zum Vorläufer des oft mit einem Schwan-Attribut dargestellten Reformatoren Martin Luther, der 100 Jahre später auftritt: «Ihr könnt zwar eine Gans braten, aber nach mir wird ein Schwan kommen», soll Hus gesagt haben.

Beichtstühle in zwölf Sprachen

Interessant ist auch das kirchenpolitisch bis heute wichtige und teils umstrittene Dekret «Haec sancta». Weil der Papst floh, musste das Konzil ohne ihn beschlussfähig bleiben. Die Kirchenleute halten daher fest, dass das Konzil seine «Vollmacht unmittelbar von Christus» hat und damit über dem Papst steht. «Dass ein Konzil mehr Autorität hat als der Papst, geht auf das Konstanzer Konzil zurück», sagt Gerlach. Konservative Theologen sehen diesen Beschluss allein für das Konzil in Konstanz gültig, Liberale wie Hans Küng verstehen «Haec sancta» als allgemeingültige Aussage.

Sozialgeschichtlich ist das Konzil ebenfalls spannend. Die als Faksimile neu herausgegebene «Richental-Chronik» über die Konzilzeit spricht von 700 Prostituierten als «öffentlichen und gemeinen Damen», die in Frauenhäusern unter staatlicher Zuhälterleitung für Kleriker, Politiker und Gefolgschaft da waren. Daran erinnert heute die Statue «Imperia» im Konstanzer Hafen. Die Stadt wurde multikulturell, es gab Beichtstühle in zwölf Sprachen. Für die ganze Region, auch die angrenzende Schweizer Landschaft, hatte das Konzil eine grosse Wertschöpfung im wissenschaftlichen und ökonomischen Bereich.

Bild: aus der Luzerner Schilling-Chronik

Ein Papst nimmt Reissaus: Johannes XXIII. flüchtet im März 1415 aus Konstanz. Er fürchtet, dass das Konzil ihn absetzt.

«Konstanz auf europäische Landkarte setzen»

Konstanz rührt sein Konziljubiläum mit der grossen Kelle an. Geplant wird seit dem Jahr 2009, das Budget beträgt zwölf Millionen Euro. Sechs Millionen kommen von der Stadt Konstanz, der Rest vom Bundesland Baden-Württemberg, Stiftungen und Sponsoren. Im Budget enthalten sind aktuell fünf Vollzeitstellen, welche die über fünf Themenjahre verteilten Feierlichkeiten planen. Von Anfang an war der politische Wille stark, das Jubiläum in grossem Stil zu begehen. Die Stadt am Bodensee will «Konstanz auf die Landkarte» setzen und sich mit dem Konzil als «Weltereignis des Mittelalters» in Europa ins Bewusstsein rufen. Dass das Konziljubiläum begangen wird, hat Tradition. Auch 1964 fanden Feierlichkeiten statt. Vor hundert Jahren wurden diese allerdings vom 1. Weltkrieg überschattet. Gestartet wird am 27. April 2014 mit der gleichnamigen Landesausstellung.

Themenjahre: Begegnung, Gerechtigkeit

Auf politischer Ebene sei Konstanz derzeit damit beschäftigt, das Jubiläum auf Bundesebene und international zu verankern, sagt die Geschäftsführerin der Jubiläumsfeierlichkeiten, Ruth Bader. Dazu gehören auch Verhandlungen mit der Deutschen Bahn für Sonderarrangements. Die Planer bezeichnen 2014 als das «Jahr der Europäischen Begegnungen». Mittelpunkt ist die Landesausstellung, die im Konzilgebäude gleich beim Konstanzer Hafen stattfindet. Schirmherr der Ausstellung ist der deutsche Bundespräsident Joachim Gauck, mit dessen Anwesenheit gerechnet wird. Für Ruth Bader ist wichtig, dass 2014 das aktuelle Thema der Werte aufgenommen wird. «Es ist heute die Frage, was Europa und die Europäische Union zusammenhält. Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, dass die Spaltung von Europa verhindert wird.» Dies im Sinne eines Konzilvermächtnisses, in dem die Spaltung der Kirche mit der Wahl eines einzigen Papstes verhindert wurde. Zu diesem Strang gehören auch Projekte zum Thema «Zukunft der Menschheit», die über mehrere Jahre hinweg laufen.

Das Jahr 2015 knüpft unter dem Motto «Jahr der Gerechtigkeit» an die Geschehnisse um die Verbrennung von Jan Hus an. Dazu wird es beispielsweise einen Gedenkgottesdienst und ein Hus-Gedenken zusammen mit Tschechien geben. Im Gespräch ist die Planungsgruppe zudem mit Friedensnobelpreisträgern, die 2015 an den Bodensee geholt werden sollen. Die weiteren Jahre stehen unter den Mottos «Lebendiges Mittelalter», «Jahr der Religionen» und «Jahr der Kultur». Anlässe sind auch in Planung um die Figur der Imperia, die im Konstanzer Hafen steht und an die Prostitution während des Konzils erinnert. Eine Idee ist, dass der Deutsche Verband der Prostituierten seine Jahresversammlung durchführt. Im Zusammenhang mit dem Konstanzer Minnesänger Oswald von Wolkenstein ist auf 2018 «Minne meets Slam Poetry» geplant. Schlusspunkt ist ein Bürgerprojekt «Konzil sind wir!», an dem sich möglichst viele Konstanzerinnen und Konstanzer beteiligen sollen. Bei was genau, ist noch nicht klar.

Ausstrahlung in die Schweiz

Gibt es keine Befürchtungen, dass die Feierlichkeiten zu lange dauern? «Wir erschlagen die Leute nicht mit der Werbung», sagt Ruth Bader. Zudem habe man aufgrund der langen Dauer die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen, wenn etwas nicht funktioniere. Das Konziljubiläum strahlt auch in die Schweiz aus. So hat der Kanton Thurgau eine vierbändige Publikationsreihe zum Thema «Thurgau im späten Mittelalter geplant. Und in Ermatingen am Untersee, wo der fliehende Papst übernachtet haben soll, findet ein Fasnachtsanlass statt. (kl)

Die «Imperia»: Erinnerung an Konzil-Prostitution.